

AntragstellerIn:

Name/Fachbereich/Gruppe: Juso-HSG #1/ Juso-HSG #2/ Juso-HSG #3

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge das Präsidium des Studierendenrates bzw. den AStA-Vorstand dazu auffordern, die Freiburger Landtagsabgeordnete der Grünen und Finanzministerin Baden-Württembergs, Edith Sitzmann, in eine Sitzung des Studierendenrates einzuladen, um dort mit ihr über die geplante teilweise Wiedereinführung der Studiengebühren zu diskutieren.

Begründung:

Die Pläne der grün-schwarzen Landesregierung, ab dem Wintersemester 2017/2018 Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern sowie für das Zweitstudium wieder einzuführen, beobachtet der Studierendenrat der Universität Freiburg mit Sorge. So hat der StuRa zuletzt einen Aufruf zur Demonstration gegen die geplante Gesetzesänderung unterstützt, dem zahlreiche Studierende und politische Gruppen folgten. Da sich das Vorhaben der Landesregierung immer weiter konkretisiert (momentan befindet sich der Gesetzesvorschlag in der Phase der Online-Kommentierung), sollten wir nun über weitere Schritte nachdenken. Eine Möglichkeit hierzu besteht darin, die Freiburger Landtagsabgeordnete der Grünen in eine Sitzung des Studierendenrats einzuladen und mit ihr über die Gesetzesänderung zu sprechen. Edith Sitzmann war in der vergangenen Legislaturperiode Fraktionsvorsitzende der Grünen-Fraktion im Stuttgarter Landtag und ist im Kabinett Kretschmann II Finanzministerin und als solche an den Kabinettsentscheidungen maßgeblich beteiligt. Da die Universität Freiburg in ihrem Wahlkreis liegt, besteht somit gleich eine doppelte Pflicht, sich gegenüber den Studierenden der hiesigen Universität zu diesem Gesetz zu erklären: Einerseits als Freiburger Abgeordnete der Fraktion, die den Gesetzesentwurf voraussichtlich mittragen wird; andererseits als Mitglied der Landesregierung. Deshalb würden wir uns freuen, Edith Sitzmann in einer StuRa-Sitzung begrüßen zu dürfen, um im Gespräch unsere Kritik an dem geplanten Gesetz zu äußern.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).